

Wohin steuert Erdoğan?

Die Türkei braucht den demokratischen Rückenwind der EU

EDITORIAL

Seit 1963 wird der Türkei offiziell der Eintritt in die EU (damals noch EWG) in Aussicht gestellt. Es gab viele gute Gründe, die immer wieder gegen einen Beitritt sprachen und bis heute hat die Türkei demokratische Defizite. Doch hat sich viel geändert im Land, seit der Jahrtausendwende deutlicher denn je. Das ist auch ein Verdienst der AKP. Allerdings nahm quasi parallel zu den Fortschritten die EU-Euphorie der Türken kontinuierlich ab. Man ist selbstbewusster geworden und ist die Rolle des um Einlass Bettelnden leid. Wirtschaftlich kann das Land der krisengeplagten EU sowieso das Wasser reichen.

Der Aufschwung hat Auswirkungen auf das politische Selbstbewusstsein der Zivilgesellschaft. Spätestens die nächsten Generationen werden eine Beschneidung ihrer Rechte und Freiheiten nicht mehr ohne Weiteres akzeptieren.

Das zeigen auch die jüngsten Ereignisse in Istanbul und anderen Städten der Türkei. Auch wenn die Unverhältnismäßigkeit der Polizei-Einsätze den Eindruck erweckt, das Land sei noch weit von EU-Standards entfernt, hat die 10jährige Ära der AKP der Türkei tatsächlich deutliche Reformen gebracht und die Demokratisierung vorangetrieben. Dieser Schwung hat sich indessen abgeschwächt. Erdogans Kurs scheint immer weniger klar, und es wächst Widerstand gegen seinen autoritären Politikstil. Es ist nun höchste Zeit, dass die EU mit einer politischen Offensive ihren 50 Jahre alten Versprechungen gerecht wird und den Ausbau der türkischen Demokratie mit einer klaren Beitrittszusage unterstützt. *Karin Hammer*



Alles im Griff? Recep Tayyip Erdoğan sieht sich als starken Mann am Ruder. Er stützt sich auf Wahlerfolge, spaltet die türkische Gesellschaft aber mit Islamisierungsbestrebungen und einem patriarchalischen Regierungsstil, der ein dürftiges Demokratieverständnis erkennen lässt. Damit stößt er immer mehr auf Widerstand.

Foto: picture alliance/dpa

Sabine Mannitz

Als der türkische Ministerpräsident Erdoğan im Februar 2013 die israelische Politik im Gaza-Streifen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geißelte, den Zionismus in einem Atemzug mit Antisemitismus, Faschismus und Islamfeindlichkeit nannte, und dies ausgerechnet vor dem Globalen Forum der Allianz der Zivilisationen in Wien tat, sorgte er nicht nur für Entrüstung, sondern rief auch Verblüffen hervor. Es läge näher, die Türkei würde ihren Platz im Westen betonen: Im Syrienkonflikt erweist sich das Land als verlässliches NATO-Mitglied und wird vom westlichen Bündnis unterstützt. Unterdessen lässt Regierungschef Erdoğan kaum eine Gelegenheit aus, sich als starker Mann am Bosphorus in die Brust zu werfen und Stimmung zu machen gegen die angeblich spärkoloniale

Bevormundung der EU-Fortschrittsberichterstattung, gegen die Politik Israels gegenüber den Palästinensern oder gegen die Instrumentalisierung des UN-Sicherheitsrats durch Russland und die USA.

Mehrfach sorgte der türkische Premier auch mit Äußerungen für Aufsehen, die zweifeln lassen, ob er sein Land weiterhin auf dem Weg in die EU sieht: Im Juni 2012 scherzte er mit Wladimir Putin, der EU den Rücken kehren zu können, wenn die Türkei Aufnahme in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) fände, der neben China und Russland noch Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan angehören. Im Januar 2013 wiederholte er, dass die türkische Führung über diesen Beitritt als Alternative zur EU nachdenke angesichts des anhaltenden Widerstandes vieler Europäer gegen eine Aufnahme der Türkei. Zwar stellte der türkische Präsident Abdullah

Gül unverzüglich klar, dass ein Beitritt zum Shanghai-Bündnis die EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht ersetzen könne oder solle. Auch der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu betonte, dass die Annäherung an die SOZ Teil einer multidimensionalen Strategie sei, die Türkei in verschiedenen internationalen Organisationen zu platzieren. So engagiert sie sich im Kreis der Turkstaaten, hat Beobachterstatus in der Afrikanischen Union, will Istanbul zu einem Zentrum der UN-Allianz der Zivilisationen machen. Dennoch gibt die im April 2013 formell bestätigte Anerkennung der Türkei als SOZ-Dialogpartner zu denken: Zum ersten Mal hat ein NATO-Staat diesen Status in der asiatischen Regionalorganisation inne, die vor allem der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Kooperation dient und ihren Mitgliedern keine Auflagen zur Gewährung von demokratischen Rechten und Freiheiten macht.

Mit Blick auf die Energieversorgung und den Außenhandel der Türkei liegen die Vorteile von guten Beziehungen zu Russland, China und Zentralasien auf der Hand. Würde die Türkei aber ihre politische Orientierung an Europa zugunsten der SOZ aufgeben, wäre dies für die Weiterentwicklung der demokratischen Kultur im Land fatal; in der Konsequenz letztlich auch für Europa. In Israel ist man sich dessen bewusst: Shimon Peres wies im März 2013 darauf hin, dass Israel und die Türkei gegenüber dem Iran und im Syrien-Konflikt gleiche Interessen und als Demokratien auch eine besondere Verantwortung für die Zukunft des Nahen Ostens hätten. Ob und wie die türkische Regierung diese Verantwortung künftig mitzutragen bereit ist, ist allerdings ebenso offen wie die weitere Entwicklung der innertürkischen Demokratie. Unter Erdoğan's Einfluss wurde die konstitutionelle Reform der Republik deutlicher vorangetrieben als unter all seinen Vorgängern, die Menschenrechtslage hat sich zugleich verschlechtert. Es sind Ansätze der Autoritarisierung und eine moralpolitische Islamisierung des gesellschaftlichen Lebens erkennbar. Setzen diese Trends sich fort, bringt das Land sich in der Region um sein Potenzial als Vorbild für einen islamisch geprägten säkularen Rechtsstaat und geht der EU ein möglicher demokratischer Brückenkopf verloren.

Der Standpunkt zieht unter diesem Gesichtspunkt eine Bilanz der 10-jährigen Regierungszeit der AKP und warnt vor den

Folgen einer möglichen Abkehr vom EU-Beitritt. Auch wenn Erdoğan vor Selbstbewusstsein strotzt: Zurzeit hat die Türkei sicherheitspolitisch noch keine Alternative zum Bündnis mit der westlichen Welt. Gerade weil das auf längere Sicht nicht so bleiben muss, sollte Europa die Bindungen jetzt deutlich stärken. Eine unzweideutige politische Offensive für die EU-Mitgliedschaft der Türkei würde dem dienen. Für die EU wäre es ein Gewinn, in der für die Stabilität des Mittelmeerraums so wichtigen Region mit einem Mitgliedsland präsent zu sein, das sowohl seinen arabischen Nachbarn als auch den Kulturalisten in Europa vor Augen führt, dass der Islam und die europäische Rechts- und Wertegemeinschaft sich vereinbaren lassen.¹

Die Türkei unter der AKP – Bilanz nach einem Jahrzehnt

Als Tayyip Erdoğan 2002 mit seiner im Jahr zuvor gegründeten Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung AKP einen Erdbebensturz errang, weckte er im In- und Ausland spontan Misstrauen, die säkulare Türkei politisch islamisieren zu wollen. Dieser Verdacht gründete sich sowohl auf die Herkunftsgeschichte seiner Partei als auch auf seine persönliche: Wegen einer Rede, in der die Demokratie als nützliches Vehikel der Islamisierung bezeichnet wurde, saß Erdoğan 1999 eine Haftstrafe ab. Seine politische Karriere begann der Absolvent einer religiösen Oberschule bei der islamistischen Nationalen Heilspartei MSP und setzte sie in deren Nachfolgeparteien, der Wohlfahrtspartei RP und der Tugendpartei FP fort.² Beide wurden wegen antilaizistischer Aktivitäten verboten.

Die AKP wurde das politische Sammelbecken einer aufstrebenden, religiös konservativen Bevölkerung, die sich im Gegensatz zum urbanen Bürgertum und zur kemalistischen Staats- und Militär-Elite vielfach aus einfachen Verhältnissen hoch gearbeitet hatte. Selbst Emporkömmling aus einer armen Istanbul-Familie, vertrat Erdoğan diese neue politische Kraft so überzeugend, dass er auf Anhieb die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung gewann. Dabei profitierte er von Verzerrungseffekten des türkischen Wahlsystems (siehe Kasten S.6). In den beiden folgenden Wahlen der Jahre

Wolf im Schafspelz oder islamischer Demokrat?

Das Gericht für Staatssicherheit in Diyarbakır verurteilte Tayyip Erdoğan 1998 wegen Missbrauchs der Grundrechte und -freiheiten zu zehn Monaten Gefängnis und erlegte ihm ein lebenslanges Verbot auf, für die Nationalversammlung zu kandidieren.

Erdoğan hatte in einer öffentlichen Rede den türkischen Nationalisten Ziya Gökalp von 1912 zitiert:

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonnette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

(zit. n. Faruk Sen: *Recep Tayyip Erdoğan: Der Islamist als Modernisierer*, in: *Die Welt*, 5.5.2007)

2007 und 2011 legte die Partei jeweils weiter zu. Sie stellt erneut die Alleinregierung – derzeit mit 49,9 Prozent der abgegebenen Stimmen im Rücken. Der Abstand zur größten Oppositionspartei, der traditionsreichen Republikanischen Volkspartei CHP, liegt bei 24% der Wählerstimmen. Seit Mustafa Kemal Atatürk sind nur wenige türkische Politiker so populär und zugleich so polarisierend gewesen wie Tayyip Erdoğan. Nahezu die Hälfte der AKP-Wähler sollen der Partei 2011 nur seinetwegen ihre Stimme gegeben haben.³ Was aber macht jenseits von Charisma und politischer Begabung dieser Führungsfigur den Erfolg der AKP aus?

Wirtschaftliches Boomland

Bei Übernahme der Macht 2002 profitierte die AKP davon, dass Reformen der Vorgängerregierung zur Bewältigung der schweren Wirtschaftskrise allmählich griffen. Ein strukturelles Handelsbilanzdefizit, Liquiditätsprobleme vieler Banken, einsetzende Kapitalflucht und drastische Entwertungen der türkischen Lira hatten das Land 2001 an den Rand des Bankrotts gebracht. Zur Rettung wurden mit Weltbank und IWF strukturelle Reformen im Bankensektor durchgesetzt. Erdoğan trieb die wirtschaftspolitische Liberalisierung weiter voran, setzte auf den Abbau von Handelsschranken und Haus-

haltssanierung durch Privatisierung von Staatsunternehmen. Belohnt wurde der Reformkurs mit einem wirtschaftlichen Boom. Das ökonomische Wachstum kommt der Bevölkerung zu ungleichen Teilen zugute, aber die Türkei steht in der gegenwärtigen Finanzkrise weniger schlecht da als viele EU-Länder. Die Stärke der AKP stützt sich ganz wesentlich auf diesen Erfolg.

Dass die boomende Türkei dem kriselnden Wirtschaftsraum der Europäer zunehmend selbstbewusst gegenübersteht, ist auch der verschobenen Weltwirtschaftslage geschuldet. Im „Globalen Süden“ ist im vergangenen Jahrzehnt mit der SOZ und der BRICS-Gruppe Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika eine Wirtschaftskraft entstanden, deren Einfluss stetig wächst: Mehr als 40% der Weltbevölkerung leben in diesen großen Schwellenländern. Sie erbringen ein Viertel der Wirtschaftsleistung weltweit.⁴ Das Entwicklungsressort der Vereinten Nationen konstatierte jüngst, dass „der Aufstieg des Südens in Ausmaß und Geschwindigkeit historisch einmalig“ sei.⁵ Bei ihrem Gipfeltreffen in Durban bekräftigten die BRICS-Staaten im März 2013 die Absicht, eine eigene Entwicklungsbank gründen zu wollen, welche für große Infrastrukturprojekte sowie für die künftige Zusammenarbeit mit anderen aufstrebenden Märkten und Entwicklungsländern das nötige Kapital bereitstellen und Unabhängigkeit von IWF und Weltbank schaffen soll. Sollte das gelingen, kann künftig ein Großteil des weltweiten Kapitalflusses die westlichen Märkte und Anforderungen westlicher Geber umgehen. Für Ankara dürfte auch dies attraktiv sein. Die Türkei ist Mitglied der G20 und braucht mit ihrer global ausgerichteten Exportpolitik für den Außenhandel nicht unbedingt die EU; das türkische Wachstum wurde bislang aber vorrangig durch europäische Investitionen und den IWF ermöglicht. Als Geber von Entwicklungshilfen stehen die USA und Deutschland an erster Stelle.⁶

Innenpolitik: Kulturkampf mit den säkularen Eliten

Der türkische Premier Erdoğan macht kein Hehl daraus, dass seine Vorstellungen zur Gestaltung des öffentlichen Lebens in der Türkei sich an islamischen Regeln und kon-

servativen Werten orientieren. Seit seiner Verurteilung und Inhaftierung verneint er aber, an der Trennung von Staat und Religion rütteln zu wollen. Es gehe ihm und seiner Partei um eine Reform der Republik, deren kemalistische Staatsraison nicht genügend Raum für religiöse und Minderheiten-Rechte lasse. Diese Einschätzung trifft auch jenseits des islamistischen Lagers auf Zustimmung. Die ambitionierte Modernisierungspolitik Atatürks ist in den ländlichen Raum Anatoliens kaum je eingedrungen.

Mit ihrem Anliegen, religiösen Bekundungen mehr Raum in der Öffentlichkeit zu geben, weiß die AKP-Regierung große Teile der Bevölkerung hinter sich. In der Vergangenheit scheiterten einschlägige Vorstöße der AKP vorrangig an den türkischen Verfassungsschützern, die dem Laizismus verpflichtet sind. Als die Regierung das Kopftuchverbot für Studentinnen 2008 per Parlamentsbeschluss aufzuheben versuchte, intervenierte das Gericht. Dennoch gelang es der AKP in den Folgejahren mit partiellen Verfassungsänderungen, administrativen Kunstgriffen und Gesetzesnovellen, die starren Regeln aufzuweichen: Das universitäre Kopftuchverbot besteht weiterhin, aber die (mittlerweile Regierungskreisen nahestehende) Hochschulbehörde YÖK behandelt das Tragen des Tuchs nur mehr als ein Disziplinarvergehen, wegen dessen niemand am Studium gehindert werden dürfe. Ende 2012 wurde die Pflicht zur Schuluniform abgeschafft und dabei auch gleich das islamische Kopftuch für Schülerinnen im neuen Wahlfach Korankunde erlaubt; der Staatsrat hob im Januar 2013 das Kopftuchverbot für Anwältinnen auf. – Dieses Vorgehen, im Windschatten überwiegend nicht kontroverser Reformen auch Maßnahmen zur Liberalisierung der Religionspraxis passieren zu lassen, ist das Mittel der Wahl im Kulturkampf. Ein weiteres Beispiel: Im Zuge der Schulreform, die die allgemeine Schulpflicht von acht auf zwölf Jahre an hob und Kurdisch als Wahlpflichtfach für einige Regionen⁷ ermöglichte, rehabilitierte die Regierung 2012 zugleich die religiösen Imam-Hatip-Schulen. Sie gelten fortan als regulär allgemeinbildende Oberschulen. Zugangsbeschränkungen für Imam-Hatip-Schüler an Universitäten und an der Militärakademie sind dadurch gefallen. Zudem werden auch an staatlichen

Ökonomie und Demographie

Im vergangenen Jahrzehnt wuchs das türkische Bruttoinlandsprodukt (BIP) jährlich um durchschnittlich 5,2% und lag damit deutlich über den EU-Durchschnittswerten. Jüngste Entwicklungen lassen einen Wachstumsrückgang erkennen, der durch einen Rückgang der Exporte an die wichtigsten europäischen Handelspartner und eine rückläufige Binnennachfrage verursacht ist. Probleme bereiten die Inflation, die in den letzten 2 Jahren nicht unter 6% und zeitweise über 10% betrug, und das Handelsbilanzdefizit, d.h. der höhere Anteil von Importen gegenüber Exporten. Es sank allerdings im letzten Jahr durch Rekordzuwächse im Export von knapp 200 Mrd (2011) auf 84 Mrd USD (2012).

Das Beschäftigungsniveau von nur 42% der Bevölkerung ist relativ niedrig, und die Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt mit 28% deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von ca. 62%. Der Anteil des Agrarsektors am BIP ist mit 10% noch immer relativ hoch, hat gegenüber dem Dienstleistungsbereich aber stetig abgenommen. Beim Lebensstandard nach Human Development Index liegt die Türkei auf Platz 92 von 187 aufgeführten Ländern.

Der wirtschaftliche Boom der Türkei stützt sich nicht allein auf austeritätsorientierte Reformen nach der letzten Krise, sondern zugleich auf eine Gesellschaft, die noch kein Überalterungsproblem kennt: Die bis 14-Jährigen machen ein Viertel aus, der Anteil der 15 bis 64-Jährigen liegt bei zwei Dritteln, der Anteil der über 65-Jährigen unter 10%. Sowohl die Geburten- als auch die Sterberaten sind in den vergangenen Jahrzehnten stetig gesunken, wenn auch noch immer erhebliche Gefälle zwischen Ost und West, der ländlichen und der urbanen Türkei bestehen: In den 1920er Jahren zählte die Türkei 14 Mio. Einwohner, heute sind es 75 Mio. Die Bevölkerung wächst gegenwärtig mit 1,3%. Die Lebenserwartung liegt für Männer aktuell bei 70, für Frauen bei 75 Jahren.

Sekundarschulen nun erstmals Wahlfächer zum Koran und dem Leben Mohammeds angeboten. Dem Ziel, eine religiöse Generation heranzuziehen zu wollen,⁸ ist die AKP hiermit vermutlich näher gekommen.

Schritte zur Regelung des Kurdenkonflikts

Während die Politik zur Rehabilitierung der Religion sich auf der Ebene administrativer Findigkeiten abspielt, hat sich die AKP-Regierung innenpolitisch für zwei große Reformprojekte stark gemacht. Erstens will sie Frieden mit den Kurden, denen unlängst kulturelle und Selbstverwaltungsrechte in Aussicht gestellt wurden. Nach anfänglicher Fortsetzung der Jahrzehnte währenden militärischen Konfrontationen kam es ab 2009 zur Suche nach einer politischen Lösung. Seither ist Tayyip Erdoğan wie kein türkischer Premier auf die Kurden zugegangen: Erweiterte Minderheitenrechte, eine reformierte Anti-Terror-Gesetzgebung und die Abschaffung der Verfassungsklausel, die bislang das Staatsvolk als Türken und Türkisch als die einzig zugelassene Sprache festschreibt, sollen den Konflikt beenden. Im Gegenzug sollen die Kurden sich freilich mit den Autonomierechten zufrieden geben und die Forderung nach einem eigenen Staat aufgeben.

Der seit über zehn Jahren inhaftierte Führer der kurdischen Arbeiterpartei PKK Abdullah Öcalan hat seine Gefolgschaft im März 2013 zum Waffenstillstand aufgerufen, um diesen Weg gangbar zu machen. Es sei an der Zeit, die Waffen schweigen und Ideen sprechen zu lassen, so dass ein demokratisches Zusammenleben der Volksgruppen und ein Leben auf der Basis von Freiheit und Gleichheit möglich würden, heißt es in seiner Erklärung. Die Regierung in Ankara sicherte daraufhin den PKK-Rebellen einen freien Abzug aus der Türkei zu. In der Stadt Diyarbakır, wo Öcalans Aufruf im März vor Hunderttausenden verlesen wurde, die dort das kurdische Neujahrsfest feierten, löste die Aussicht Jubel aus. Im Mai 2013 begann der Rückzug der aktiven PKK-Kämpfer in den Nordirak, der bis zum Sommer abgeschlossen sein soll. Mit einer Entwaffnung der PKK ist allerdings nicht so bald zu rechnen, zumal der offene Ausgang des syrischen Konflikts auch dem Traum vom



Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk machte das Militär zum Hüter der Staatsdoktrin. Die AKP-Regierung brach die Macht des Militärs und leitete eine Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen in der Türkei ein.

Foto: picture alliance/landov

Kurdenstaat neue Nahrung gibt. Ebenso ungewiss ist, ob sich im türkischen Parlament die nötige Zweidrittel-Mehrheit findet, um die Verfassung wie geplant zu ändern.

Verfassungs- und Sicherheitssektor-Reformen

Das zweite große Reformanliegen der AKP gilt der konstitutionellen Neuordnung der Türkei. Die türkische Verfassung ist im Kern die der Putschisten von 1980 und in wesentlichen Teilen undemokratisch. Mit der zentralen Position der militärischen Führung und einer fehlenden zivilen Kontrolle der Streitkräfte hat die türkische Demokratie Defizite, die dem EU-Beitritt entgegenstehen.

Da das Militär und sein politisches Einflussgremium, der Nationale Sicherheitsrat, zu den Hütern der kemalistischen Staatsdoktrin zählen, treiben ganz unterschiedliche Interessenlagen die Verfassungs- und Sicherheitssektor-Reformen an. Sie dienen der überfälligen Modernisierung der Republik, deren traditionelles Sicherheitskonzept den Staat und nicht die Bürger ins Zentrum stellt, und sie tragen dazu bei, die etablierten säkularen Eliten zu entmachten.

Die Reform des Sicherheitssektors wurde ab 2004 mit Finanzierung der EU angestoßen. Das türkische Innenministerium beauftragte die UN-Entwicklungsabteilung UNDP, ein maßgeschneidertes Programm zu entwickeln, um die zivil-militärischen Verhältnisse neu zu regeln und demokratische Kontrollen der Sicherheitsorgane zu gewährleisten. Während die UN-Experten und Expertinnen in drei Schwerpunktreionen sowohl nötige Schritte zur Verwaltungsreform entwarfen als auch Schulungen durchführten,⁹ blieb die zentrale Machtstellung, welche die türkische Verfassung dem Militär verschaffte, zunächst unangetastet. Der Sonderstatus der türkischen Armee änderte sich erst – und auch nur teilweise – per Referendum im Jahr 2010. Nachdem die Vorlage im Parlament gescheitert war, ließ Erdoğan ein Paket zur Verfassungsreform 2010 direkt vom Volk absegnen. Darin wurden die bürgerlichen Grundrechte erweitert, das Justizwesen teilweise neu geordnet: Türkische Bürgerinnen und Bürger erhielten das Individualrecht auf Anrufung des Verfassungsgerichts. Das Verfassungsgericht und der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte wurden vergrößert. Der Staatspräsident wählt nun 14 der 17 Verfassungsrichter aus, vier davon kann er nach Ermessen ernennen. Trotz dieser präsidentialen Kompetenzerweiterungen, die im Vorfeld heftig umstritten waren, wurde Erdoğan's konstitutionelles Reformprojekt von europäischen Beobachtern in erster Linie als richtiger Schritt auf dem Weg zu einer zivilen Verfassung begrüßt. Auch Militärs können seither unter bestimmten Umständen der zivilen Gerichtsbarkeit unterworfen werden. Damit wurde es möglich, gegen die Putschisten von 1980 im Jahr 2012 Anklage zu erheben. Auch wenn der Prozess gegen die noch verbliebenen Putschisten, den 94-jährigen Kenan Evren und den 86-jährigen Luftwaffenchef Tahsin Şahinkaya, strafrechtlich weitgehend Symbolcharakter hatte, war die politische Delegitimierung des Putsches von enormer Bedeutung und der Prozess Zeichen der rechtsstaatlichen Entwicklung des Landes. Er gab zahlreichen NGOs ein Forum als Nebenkläger und rehabilitierte die Opfer.

Auch die sogenannten Ergenekon-Prozesse gegen hohe Militärs, die 2003/2004 als Teile einer Untergrundorganisation Putschpläne geschmiedet haben sollen, trugen seit

2007 dazu bei, die Macht der Militärführung zu brechen. Sie zeigen aber auch die Widersprüchlichkeit der Reformpolitik à la AKP auf. So waren sich 2008 noch die meisten Beobachter einig, „dass mit dem Ergenekon-Prozess die Chance besteht, den Staat von gefährlichen und unkontrollierbaren illegalen Strukturen (dem berüchtigten ‚tiefen Staat‘) zu befreien und somit die Demokratie und die Stabilität der Staatsordnung in der Türkei zu stärken“¹⁰. Im Laufe der Prozesse kam es jedoch zu immer weiter ausufernden Verhaftungen. Viele Kommentatoren bewerten sie inzwischen als Mittel der Regierung zur Einschüchterung von Kontrahenten: Mit dem Argument der Demokratisierung des Sicherheitsapparats würden politische Gegner entmachtet, kritische Journalisten und liberale Oppositionelle verhaftet.¹¹ 2012 war die Türkei unrühmlicher Spitzenreiter bei der Inhaftierung von Reportern weltweit. Auch die Polizeieinsätze, mit denen im Mai und Juni 2013 auf Bürgerprotest reagiert wurde, stehen im krassen Widerspruch zu dem Wunsch, Demokratiemodell der Region zu sein. Das Gros der Anklagen stützt sich auf Anti-Terror- und Staatssicherheitsgesetze, die im Zuge der Verfassungsreform fallen müssten, um Willkür zu unterbinden. Immerhin verabschiedete das Parlament im April 2013 einige Vorlagen der AKP, mit denen die Anklagemöglichkeiten unter der Anti-Terror-Gesetzgebung eingegrenzt werden.

Abgeschlossen ist die Verfassungsreform nicht. Eine neue zivile Verfassung ist seit Mitte 2011 in Arbeit und sollte ursprünglich im Jahr 2012 vorgelegt werden. Aufgrund zahlreicher Uneinigkeiten zwischen den politischen Parteien hat die parlamentarische Verfassungskommission die vereinbarten Ausarbeitungsfristen mehrfach verschoben. Ministerpräsident Erdoğan, der das Scheitern seines Projekts fürchtet, kündigte nun an, die AKP würde ihren Vorschlag per Referendum durchsetzen, wenn es nicht bald zu einer Einigung käme. Dabei gibt nicht allein zu denken, dass Erdoğan erneut das Parlament per Referendum übergehen würde, sondern auch, dass er mittlerweile ein Präsidialsystem anstrebt. Da das türkische Parlament ohnehin geringe Kontrollkompetenzen hat, würde dies die Demokratie schwächen. Zudem würde es Erdoğan als dem wahrscheinlichsten künftigen Präsidenten auch nach seiner derzeitigen (letzten)

Amtszeit als Premier erheblichen Einfluss sichern; Wladimir Putins „gelenkte Demokratie“ könnte Pate gestanden haben.

Europapolitik

Zu Beginn der AKP-Ära stand der Wunsch nach der EU-Mitgliedschaft außer Zweifel. Die türkische Regierung bemühte sich um den Beitritt und stellte das Projekt der konstitutionellen Reformen ausdrücklich auch in den Kontext der Rechtsangleichung mit der Union. Die diplomatischen Verhandlungen liefen schnell darauf hinaus, dass außerdem ein Ausgleich mit den Kurden nötig sein würde und die Anerkennung des EU-Mitglieds Zypern. In allen Punkten zeigte Erdoğan Verhandlungsbereitschaft. Der UNO-Plan zur Wiedervereinigung Zyperns scheiterte 2004 denn auch nicht auf der türkischen, sondern auf der griechischen Seite.

Einen Höhepunkt erlebte die Annäherung mit der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen 2005. Die Euphorie schwand allerdings rasch, nicht zuletzt in Folge der Regierungswechsel in Frankreich und Deutschland: Während die rot-grüne Bundesregierung den Beitritt der Türkei unterstützt hatte, zog Angela Merkel sich auf die Option einer „privilegierten Partnerschaft“ zurück. Nicolas Sarkozy unterband die Aufnahme weiterer Verhandlungskapitel mit Ankara per Veto. Dessen Nachfolger wiederum, François Hollande, will neuen Schwung in die Beziehungen zur Türkei bringen. Im Februar 2013 machte sich auch die deutsche Kanzlerin auf den Weg nach Ankara. Die politischen Kommentare, die ihrer Visite vorangingen, weisen darauf hin, dass die Hinhalte-Taktik der deutschen und französischen Regierungen ein immer größeres Risiko birgt, die in den vergangenen 10 Jahren selbstbewusster gewordene Türkei zu verprellen. Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle warnte: „Wenn wir nicht achtgeben, wird die Stunde kommen, in der Europa mehr Interesse an der Türkei, als die Türkei Interesse an Europa haben wird.“¹² Merkels Parteifreund und EU-Kommissar Günther Oettinger hatte zuvor bereits geunkt, er würde „wetten, dass einmal ein deutscher Kanzler oder eine Kanzlerin im nächsten Jahrzehnt mit dem Kollegen aus Paris auf Knien nach Ankara robben wird,

Zum Weiterlesen und Vertiefen

- www.bpb.de/izpb/77027/tuerkei
- www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei-und-eu
- www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung/Tuerkei_node.html
- www.tr.boell.org/web/19-1262.html
- www.fes-tuerkei.org/media/pdf/newsletter/Newsletter%20July.pdf
- www.kas.de/tuerkei/de/publications/serials/7
- [/www.gmfus.org/programs/mediterranean/on-turkey-policy-brief-series](http://www.gmfus.org/programs/mediterranean/on-turkey-policy-brief-series)

Wirtschaftsdaten u.ä.

- www.atradius.de/images/stories/countryreport/Atradius_Country_Report_Turkey_Oct2012.pdf
- www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tu.html
- <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14416/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-der-tuerkei/>
- <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/15633/umfrage/handelsbilanz-der-tuerkei/>
- <http://wko.at/statistik/eu/europawirtschaftswachstum.pdf>
- www.invest.gov.tr/de-DE/turkey/factsandfigures/Pages/TRSnapshot.aspx
- http://de.wikipedia.org/wiki/Demografie_der_Tuerkei
- http://de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_der_Tuerkei

(Letzter Zugriff auf alle Seiten: 1.6.13)

um die Türken zu bitten, Freunde, kommt zu uns“.¹³ Merkel ließ wissen, sie habe der Fortführung der Verhandlungen zugestimmt, sei aber skeptisch und erwarte eine „lange Verhandlungsstrecke“.

Die deutlichen Stimmen für eine offensivere Beitrittspolitik waren Wasser auf Ankaras Mühlen. Erdoğan nutzte die Vorlage, um auf die Stärke seines Landes hinzuweisen und seinerseits mit einem Forderungskatalog aufzuwarten. Wie viel ehrliches Beitrittsinteresse daraus spricht, ist ungewiss. Zwar würde die Vollmitgliedschaft die politischen Einflussmöglichkeiten der Türkei erhöhen. Sie wäre nach Deutschland das zweitstärkste Mitglied im Europäischen Parlament¹⁴ und könnte von den Landwirtschafts- und Strukturhilfefonds profitieren. Andererseits stellt der EU-Acquis¹⁵ für einen Premier, dem schon Parlament und Gewaltenteilung im Land lästig zu werden scheinen, wohl eine Zumutung dar. Es könnte das geschickte Spiel des talentierten Machtpolitikers sein, die EU unter Druck zu setzen und dabei das Scheitern des Prozesses einzukalkulieren – das dann umso leichter führenden EU-Politikern angelastet werden könnte.

Die über Jahrzehnte abweisende Haltung der EU gegenüber einer Aufnahme der Türkei hat dort zu Frustrationen geführt, nicht nur auf Regierungsebene. Umfragen der letzten Jahre belegen, dass viele Türiinnen und Türken eine EU-Vollmitgliedschaft nicht mehr für anstrengenswert halten. Die Zustimmungswerte sind auf um die 50% gesunken, und ein Drittel würde eine stärkere Bindung an die aufstrebenden BRICS-Mächte begrüßen.¹⁶ Wie bisher lassen sich die Beziehungen zur EU schließlich auch mit Abkommen gestalten, wie es beispielsweise die „privilegierte Partnerschaft“ vorsieht. So ist der Handel ohnehin erleichtert durch bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen und die Präferenz- und Zollunionsabkommen der EU mit der Türkei. Die größte praktische Einschränkung erfahren türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger durch die fehlende Visafreiheit bei Reisen in die EU. Im vergangenen Jahr wurde ein Plan für das Erlangen der Reisefreiheit vorgelegt, vorerst nur für Geschäftsleute und ohne konkrete Terminierung. Um die allgemeine Visa-Freiheit zu erreichen, soll die Türkei einige Bedingungen erfüllen, von denen die Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens mit der EU die wich-

tigste ist. Die Türkei würde sich dadurch verpflichten, Menschen wieder aufzunehmen, die über die Türkei irregulär in die EU gelangt sind. Erst wenn dieses Abkommen drei Jahre lang Bestand hat, ohne dass es zu Beanstandungen kommt, sind Verhandlungen über die Visafreiheit anvisiert; vor 2017 wäre damit nicht zu rechnen.

Das Ringen um die Visafrage steht somit einerseits exemplarisch für die seit langem charakteristische Mixtur aus Verheißungen seitens der EU, die an Voraussetzungen insbesondere der Rechtsharmonisierung geknüpft sind und den zeitlichen Rahmen unbestimmt lassen. Andererseits könnte eine pragmatische Lösung in Sicht kommen, die eine EU-Vollmitgliedschaft aus Sicht der Türkei noch lässlicher werden ließe; zumal angesichts der ökonomischen und Integrationskrise der EU. Erdoğan demonstrative Suche nach alternativen Bündnissen kann schiere Provokation sein. Sie kann auch so verstanden werden, dass es seiner Regierung nicht ungelegen käme, wenn aus der EU-Mitgliedschaft doch nichts würde. Wohin der türkische Premier europapolitisch steuern will, ist trotz 10 Jahren AKP-Regierung nicht eindeutig zu erkennen. Umso wichtiger ist es, dass seitens der EU das Interesse an der Aufnahme der Türkei klar vermittelt wird und 50 Jahre nach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit Ankara das Lavieren ein Ende findet.

Regionale Visionen und sicherheitspolitische Realitäten

Mit der AKP-Regierung gewann nicht nur die türkische Europapolitik eine neue Dynamik. Mit dem Credo einer „Null-Probleme“-Politik gegenüber den Nachbarn verband sich die Idee von der Türkei als Vermittler in der Konfliktregion des Nahen und Mittleren Ostens. Die von der AKP reformierte Türkei sollte den arabischen Staaten zum Modell werden können. Erdoğan schwebte vor, als Repräsentant einer starken regionalen Ordnungsmacht zur Lösung des palästinensischen Konflikts und zum Friedensschluss zwischen Syrien und Israel beizutragen – mit dem Islam als Verbindung zu den arabischen Staaten und der Demokratie als Bindeglied mit Israel. Dieser Balanceakt gelang Erdoğan bis vor etwa drei Jahren.

Im Mai 2010 kam es zum „Ship to Gaza“-Zwischenfall, bei dem die israelische Marine in internationalen Gewässern sechs Schiffe aufbrachte, welche die von Israel verhängte Blockade des Gaza-Streifens durchbrechen wollten, darunter die türkische „Mavi Marmara“. Bei der Aktion kamen neun Aktivistinnen der Gaza-Solidaritätsflotte ums Leben – acht Türken und ein türkischstämmiger US-Bürger, vierzig weitere Aktivistinnen und sieben israelische Soldaten wurden ver-

Defekte des Wahlsystems und Wahlergebnisse

Es gibt eine 10%-Hürde, und 2002 gelangten nur AKP (34,4%) und CHP (19,4%) ins Parlament. Etwa 46% der Wählerstimmen waren dort also nicht vertreten. Das (d'Hondtsche) Auszählungsverfahren sorgte dafür, dass die AKP als stimmenstärkste Partei überproportional viele Mandate erhielt.

Die Republikanische Volkspartei CHP wurde vom Gründer der türkischen Republik Mustafa Kemal ins Leben gerufen und war bis 1945 die einzige politische Partei. Sie sieht sich als Hüterin der kemalistischen Prinzipien und ist Mitglied der Sozialistischen Internationale, wird aus deren Reihen aber regelmäßig dafür kritisiert, dass sie eher nationalistische als sozialdemokratische Positionen vertritt.

2011 konnte die AKP ihr Wahlergebnis gegenüber den Vorjahren noch einmal verbessern: Mit 49,9% der Stimmen erzielte sie erneut die absolute Mehrheit der Sitze. Die CHP blieb zweitstärkste Kraft mit rund 26%. Drittplatzierter wurde die radikal-nationalistische Partei des Nationalen Aufbruchs (MHP), die auf 13% kam. Auch die kurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) – Nachfolgerin einer Reihe von verbotenen kurdisch-orientierten Parteien – ging gestärkt aus den Wahlen hervor. Wegen der 10%-Hürde war sie nicht als Partei angetreten, sondern schickte Einzelkandidaten ins Rennen. Diese sind von der Sperrklausel nicht betroffen. Im neuen Parlament haben die von der BDP unterstützten Abgeordneten nun 36 Sitze – 16 mehr als zuvor.

letzt.¹⁷ In Reaktion auf diesen Vorfall sorgte die Türkei für eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats. Dieser verurteilte die Gewalt, mit der bei der israelischen Militäroperation gegen Zivilisten vorgegangen worden war, und forderte eine unabhängige Aufklärung.¹⁸ Der türkischen Regierung genügte das nicht. Erdoğan verlangte eine Bestrafung Israels. Außenminister Davutoğlu verglich bei einem Besuch in Washington das Aufbringen der Flotte mit 9/11, denn türkische Bürger seien auf Grund einer politischen Entscheidung absichtlich angegriffen worden. Die Türkei zog ihren Botschafter aus Israel ab und sagte die gemeinsamen Militärmanöver ab.

Bei den arabischen Ländern, in Syrien und im Libanon fand Ankaras anti-israelische Rhetorik Anklang. Nicht nur das Verhältnis zum syrischen Diktator Baschir al-Assad wurde enger. Sein Engagement brachte Erdoğan noch im selben Jahr den König Faisal-Preis für Verdienste um den Islam ein, die Auszeichnung als „Leader of the Year“ durch den libanesischen Premierminister und den Internationalen Gaddafi-Preis für Menschenrechte, den er in Tripolis entgegennahm. In seiner Dankesrede äußerte der Preisträger, weiter gegen Islamophobie als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit kämpfen zu wollen. In Riad unterstrich er die türkischen Ambitionen zur Schaffung eines friedlichen und prosperierenden Nahen Ostens. Offen ließ Erdoğan damals, wie er sich dies ohne einen Tonwechsel gegenüber Israel vorstellte. Zwar fand unterdessen eine Wiederannäherung statt; die Initiative dazu ging allerdings 2013 von Israel und den um Vermittlung bemühten US-Amerikanern aus. Seine geplante Gaza-Reise will der türkische Premier trotz amerikanischer Bedenken um die türkisch-israelischen Beziehungen nicht fallen lassen. Dass Erdoğan nicht auch sein Engagement für die palästinensische Sache noch scheitern sehen will, mag verständlich sein. Augenmaß beweist er bei seinen Einschätzungen der türkischen Möglichkeiten immer weniger.

Der „arabische Frühling“ hat die Vorbild- und Vermittlerrolle der Türkei nicht zwangsläufig beendet, aber doch zumindest auf Eis gelegt. Die Türkei ist zum Frontstaat geworden, und der Krieg in Syrien hat Bündnis-Linien mobilisiert, die Erdoğan's vorherige Bemühungen um wirtschaftliche und politische Nähe und womöglich refor-

merischen Einfluss in den Staaten seiner Nachbarschaft konterkarieren. Auch wenn der türkischen Regierung an den Unterstützern des Assad-Regimes Russland, China und Iran wirtschaftspolitisch viel liegt, sitzt die Türkei im aktuellen Konflikt so eindeutig im Boot des Westens wie schon lange nicht mehr. Die türkische Regierungskrise um den Irakkrieg 2003, bei der eine Mehrheit seiner Partei gegen ein Zusammengehen mit den NATO-Partnern Großbritannien und den USA war, fing Erdoğan noch durch den Kompromiss ab, der US-Army bloß provisorisch Überflugsrechte zu gewähren; und nutzte die Gelegenheit, in den Nordirak einzumarschieren, um dort die kurdische PKK zu bekämpfen. Die Eskalation des syrischen Bürgerkriegs hat in der Türkei nun die Sorge um die eigene Sicherheit wachsen lassen, denn durch Unterstützung der syrischen Opposition ist das Land zur Konfliktpartei geworden. Von US-Präsident Obama forderte Erdoğan vergeblich ein militärisches Eingreifen zum Sturz des Assad-Regimes. Längerfristig kann es die Türkei dem Ziel aber wieder näher bringen, in der Region als Ordnungsmacht und Modell zu fungieren, dass Washington für ein Ende des Bürgerkriegs in Syrien nicht auf einen Militärschlag, sondern auf ein international konzertiertes Vorgehen setzt, das auch Russland einbindet. Als regionaler *broker* ist die Türkei allemal glaubwürdiger als die etablierten Groß- und ehemaligen Kolonialmächte.

Resümee und Folgerungen

Die Türkei hat sich im vergangenen Jahrzehnt mit enormer Dynamik entwickelt. Wirtschaftlich hält der Aufschwung an, und mit seinem Anliegen, die im Kemalismus erstarrte Republik zum Vorbild einer islamisch geprägten Demokratie umzubauen, hat der amtierende Regierungschef ein politisches Projekt angestoßen, das Unterstützung verdient. Auch international hat das Land an Bedeutung gewonnen. Der Premier vertritt diese Stärke selbstbewusst nach innen und nach außen. Wohin er das Land weiter lenkt, ist aber ungewiss.

Die Umstürze des „arabischen Frühlings“ haben die politischen Koordinaten in der Region verändert und die türkische Außenpolitik um einige ihrer vorherigen Stützen

Anmerkungen

- 1 Vgl. Dembinski, Matthias/Mannitz, Sabine/Wagner, Wolfgang: Die EU auf der Flucht nach vorne. Chancen und Risiken eines türkischen Beitritts, Friedensgutachten 2003.
- 2 Zu Biographie und politischer Karriere siehe <http://bit.ly/12im9wQ> (1.6.13).
- 3 Senkyr, Jan: Wahlen in der Türkei – erneuter Triumph für die AKP, KAS-Auslandsinformationen 8/2011: 48.
- 4 The BRICS Report, New Delhi 2012. Siehe auch Keeler, Dan: Shifting Trade Flows and The New Consumer, in: Global Finance February 2012.
- 5 UNDP: The Rise of the South, Human Development Report 2013, New York.
- 6 Zu den unterschiedlichen Akzenten dieser wichtigsten Geldgeber, siehe Karakaş, Cemal: Demokratieförderung zwischen Interessen und Werten, HSKF-Report 12/2010.
- 7 Dies ändert aber (noch) nichts an der Monopolstellung des Türkischen als Unterrichtssprache.
- 8 „4+4+4“ Schulreform, in: Deutsch-Türkische Nachrichten vom 19.6.2012; „Erdoğan: ‚Wir wollen eine religiöse Generation heranziehen‘“, in: Deutsch-Türkische Nachrichten vom 8.2.2012.
- 9 UNDP Evaluation Office: Assessment of Development Results, Turkey, New York 2010.
- 10 Senkyr, Jan: KAS Länderbericht 24.7.2008.
- 11 Martens, Michael: Alle sind Ergenekon, in: FAZ vom 7.3.2011. Im Juli 2011 trat die gesamte Militärführung aus Protest gegen die Verhaftungswelle unter Offizieren zurück.
- 12 Interview in der Passauer Neuen Presse, zit. n. „Erdoğan begrüßt Merkels Verhandlungsbereitschaft“, in: Zeit online vom 24.2.2013.
- 13 Äußerung gegenüber der Bild-Zeitung, zit. n. „Oettinger erntet Zuspruch aus der Türkei“, in: Zeit online vom 21.2.2013.
- 14 Die Sitzverteilung im EP bemisst sich nach der Bevölkerungsgröße der Mitgliedsstaaten.
- 15 Der „Acquis communautaire“ bezeichnet den gemeinschaftlichen Besitzstand gültigen EU-Rechts.
- 16 Deutsch-Türkische Nachrichten vom 14.12.2012.
- 17 Die radikal islamische türkische Organisation İnsan Hak ve Hürriyetleri ve İnsani Yardım Vakfı (IHH) war Hauptorganisatorin der Flotte mit Hilfsgütern. Ihr werden Verbindungen zur Hamas und diversen Terrorgruppen nachgesagt. Außer der IHH waren das internationale „Free Gaza Movement“ und die griechische Organisation „Boat for Gaza“ im Konvoi dabei.
- 18 Security Council Condemns Acts Resulting in Civilian Deaths during Israeli Operation; <http://bit.ly/116y27w> (1.6.13).
- 19 Çopur, Burak: Die Türkei unter der Regierung Erdoğan, Friedensgutachten 2012.

gebracht. Erdoğan reagierte prompt, indem er sich von den autoritären Herrschern distanzierte. Kontinuität besteht in seiner Anwaltschaft für die islamistischen Kräfte unter den Aufständischen und in einer Konfrontationsrhetorik gegenüber Israel, mit der er sich Sympathien in der arabischen Welt sichert. So ist aus der einst angestrebten problemfreien Außenpolitik der Türkei ein widersprüchliches Minenfeld geworden. An dem Anspruch, mit einem türkischen Demokratie-Modell aufzuwarten, hält die AKP-Regierung offiziell fest. Ob das in den Nachbarstaaten Anklang findet, ist aber ebenso fraglich wie der Ausgang des innenpolitischen Reformprozesses selbst, der nicht notgedrungen zu mehr Demokratie und Freiheit führt. In den letzten Jahren hat sich die Menschenrechtslage im Land verschlechtert. Die EU-Fortschrittsberichte lesen sich als „Rückschrittsberichte für die AKP-Regierung“¹⁹. Ein Beispiel sind die Verhaftungswellen im Kontext der Ergenekon-Prozesse, ein weiteres das Tauziehen um eine neue Verfassung der Türkei. Sie zeigen einerseits das Talent Erdoğan, politisch kontroverse Themen mit einem Reformeifer anzugehen, der seiner Regierung breite Unterstützung beschert. Andererseits neigt die AKP-Regierung dazu, im Eigeninteresse über das Ziel hinaus zu schießen. Die innenpolitische Polarisierung, die sowohl durch Erdoğan's Ansätze der Autoritarisierung als auch durch die dezidierte Stärkung der islamischen Identität der Türkei vorangetrieben wurde, schadet dem Ausbau der liberalen Demokratie im Land. Das demonstrative Liebäugeln mit in-

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

ternationalen Organisationen nicht-demokratischer Staaten belegt das Risiko.

Europa kann der Ausgang des türkischen Demokratieprozesses nicht gleichgültig sein. Die Entwicklungen seit Ausbruch des „arabischen Frühlings“ zeigen, dass die Türkei auch und vielleicht gerade mit einem stärker islamisch akzentuierten Profil ein Leuchtturm in der Region sein kann, sofern es gelingt, die Autoritarisierungstendenz aufzuhalten. Daher spricht weit mehr dafür, die Türkei jetzt mit einer verbindlichen EU-Beitrittsperspektive und beschleunigten Verhandlungen auf den Weg nach Europa zurückzuholen, als zuzuschauen, wie Erdoğan auf neue Partnersuche geht und/oder die konstitutionelle Reform in eine Richtung lenkt, die vor allem der Konsolidierung seiner Machtposition dient. Freilich, mit der Türkei würde die EU erneut heterogener, aber nicht zwingend desintegrierter. Ohnehin ist es

eine zentrale und – wie die Entwicklung Ungarns illustriert – andauernde Herausforderung, die Souveränität der Mitgliedsländer mit dem Kernprofil der Wirtschafts-, Rechts- und Wertegemeinschaft abzugleichen und dafür nötige Instrumentarien wie z.B. eine gemeinsame Rechtsstaatsaufsicht zu entwickeln.



Dr. Sabine Mannitz ist Leiterin der Forschungsgruppe „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“ an der HSFK. Sie beschäftigt sich u.a. mit zivil-militärischen Beziehungen in Demokratien.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 50 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Der Programmbereich „Information und Wissenstransfer“ vereint das Projekt „Akademisches Friedensorchester Nahost“, die „Schlangenbader Gespräche“, das „Friedensgutachten“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zudem arbeiten in der HSFK die programmungebundenen Forschungsgruppen „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“ und „Normativität im Streit: Normkonflikte im globalen Regieren“.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein · Layout: HSFK · Druck: Henrich Druck + Medien GmbH

ISSN 0945-9332